AKREF-Nachrichten vom 15.03.2024 bis 22.03.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Muslimbruderschaft entführt Christinnen 3

Dänemark: Blasphemie-Gesetz wieder in Kraft gesetzt 4

Deutschland: Gesamtschule nahe Frankfurt – Weil Ramadan ist, sollen Fünftklässler nicht mehr im Unterricht trinken 5

Deutschland: HERZLICHE EINLADUNG ONLINE-SEMINARE ZUM THEMA „VERFOLGUNG“ 6

Frankreich: Olympia-Plakat ohne Kreuz 7

Indien: Christen von Stammesreligion terrorisiert. Behörden untätig. 8

IRAK: Quote für Minderheiten in der Autonomen Region Kurdistan abgeschafft 10

Irland: Bevölkerung lehnt Neudefinition der Familie ab 11

Islamische Welt: Communio Messianica Kirche wird gegründet, um Jesus-gläubige mit einem muslimischen Hintergrund zu sammeln 12

Mexiko: Präsidentschaftskandidaten unterzeichnen Verpflichtung für Frieden mit religiösen Führern 13

MYANMAR: Aus der Stadt Loikaw vertrieben – “Eine Gemeinschaft, die sich um Jesus schart” 14

Pakistan: Taxifahrer von Kollegen wegen seines Glaubens verprügelt 15

Russland: Einschränkungen der Religionsfreiheit im Überblick 16

Uganda: Christ erschlagen, weil er Muslime zum Glauben an Christus geführt hat 17

Vietnam: Drei Hauskirchenmitglieder aus dem Gefängnis entlassen 18

Weltweit: Die Sklaverei gedeiht in erschreckender Weise 19

Weltweit: Wer schränkt die Religion mehr ein, die Politiker oder das Volk? Pew hat die globalen Daten ausgewertet 20

Ägypten: Muslimbruderschaft entführt Christinnen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/21.03.24 - Die ägyptischen Behörden haben die Entführung und gewaltsame Konvertierung einer koptischen Christin zum Islam begünstigt, so ein weithin bekannter Experte für den Nahen Osten und den Islam.

Irene Ibrahim Shehata, eine 21-jährige Medizinstudentin an der Asyut National University, verschwand am 22. Januar während ihrer Zwischenprüfungen in Asyut, so Raymond Ibrahim, Distinguished Senior Shillman Fellow am Gatestone Institute.

Ihr Vater berichtete im Februar, dass es ihr gelungen sei, einen verzweifelten, tränenreichen Anruf bei ihrem Bruder zu tätigen, bevor ein Mann das Telefon ergriff und sagte: "Okay, du hast ihre Stimme gehört und weißt, dass es ihr gut geht, richtig? Jetzt fahr zur Hölle", bevor die Verbindung unterbrochen wurde, schrieb Ibrahim in einem Bericht für die koptische Menschenrechtsorganisation Coptic Solidarity.

Während des Anrufs flehte Shehata ihren Bruder an, sie entweder zu retten oder sie für tot zu halten, und teilte ihm ihren Aufenthaltsort mit, so eine ägyptische Quelle, die ungenannt bleiben will. "Ihr Bruder hörte sie schreien, jemand schrie sie an, und dann wurde der Anruf beendet. Es scheint, dass sie sein Telefon ohne seine Erlaubnis benutzt hat. Das war ein guter Beweis dafür, dass sie entführt wurde."

Nachdem die Familie erfahren hatte, dass sie sich in der Stadt Sohaj aufhielt, fuhr sie dorthin und meldete der Polizei den Anruf und ihren Aufenthaltsort.

Die Polizeibeamten drohten der Familie, sie zu verhaften, falls sie versuchten, sie zu retten, und warnten sie, dass die Entführer bewaffnet seien.

Am 21. Februar teilte die Polizei der Familie mit, dass die Entführer ihren Aufenthaltsort an einen unbekannten Ort verlegt hätten.

"Die Scharia-Vereinigung der Muslimbruderschaft im Gouvernement Asyut koordinierte die Entführung der christlichen Studentin Irene Shehata unter dem Schutz der Sicherheitskräfte der Städte Asyut und Sohaj“ sagte die erwähnte anonyme Quelle.

Während die Beamten schließlich einen nicht identifizierten Mann anklagten, waren Beamte des Staatssicherheitsdienstes gegenüber Shehatas Familie abweisend und feindselig und sagten ihrem Vater, dass sie aus freien Stücken mit einem muslimischen Mann durchgebrannt sei, so Ibrahim, ein in den USA geborener Ägypter, der fließend Arabisch spricht.

"Ihr Vater betonte, wenn Irene die Absicht gehabt hätte, mit einem muslimischen Mann durchzubrennen, warum hätte sie es dann zwischen den Prüfungen tun sollen, während sie medizinisches Material und keine Reiseutensilien bei sich hatte", sagte er.

Die Beamten des Staatssicherheitsdienstes wissen genau, wo sich Shehata aufhält, weigern sich aber, zu handeln oder ihre Familie sprechen oder sich mit ihr treffen zu lassen, so Ibrahim. Er sagte, der Staatssicherheitsdienst habe der Familie mehrere falsche Hinweise gegeben, die dazu führten, dass Shehatas Vater und Bruder vergeblich durch ganz Ägypten reisten.

Ihre Familie veröffentlichte am 29. Februar eine Erklärung, aus der hervorging, dass elektronische Aufzeichnungen zeigten, dass das Religionsfeld auf ihrem Personalausweis gegen ihren Willen in "muslimisch" geändert worden war. Ibrahim: "Das ist eine weitere Möglichkeit, Familien zur Aufgabe zu zwingen".

Er sagte, die Familie beschreibe ihre Entführer als "eine organisierte terroristische Gruppe, die von der Muslimbruderschaft angeführt wird, um christliche Mädchen im Nahen Osten zu entführen". Sechs weitere christliche Mädchen oder Frauen seien in den letzten Monaten in der Gegend "verschwunden", sagte der Vater.

Die Schwierigkeit, die zahllosen Fälle von verschleppten koptischen Frauen in Ägypten zu dokumentieren, ist ein Grund für den Mangel an Maßnahmen und internationaler Aufmerksamkeit für das Problem, so der Bericht 2020 von Christian Solidarity, "Jihad of the Womb: Trafficking of Coptic Women & Girls in Egypt". Die Behauptungen von Regierungsvertretern, die Mädchen und Frauen seien freiwillig gegangen, blockieren ebenfalls die Bemühungen, den abscheulichen Verbrechen ein Ende zu setzen, so der Bericht.

"Während es sich in den wenigsten Fällen um echte Ehen handelt, schätzt Coptic Solidarity, dass es in den letzten zehn Jahren etwa 500 Fälle gab, in denen Elemente der Nötigung eingesetzt wurden, die einem Menschenhandel gleichkommen", heißt es in dem Bericht. "Einem ehemaligen Mitglied eines dieser Entführungsringe zufolge ist die Entführung solcher Mädchen jetzt auf einem Rekordhoch."

Die islamistischen Entführungsringe sorgen dafür, dass ein muslimischer Führer die Konversion offiziell macht, indem er eine Bescheinigung ausstellt und die Religionsbezeichnung im Personalausweis ändert, heißt es in dem Bericht.

"Diese Netzwerke werden oft von gleichgesinnten Mitgliedern (einschließlich hochrangiger Beamter) der Polizei, der nationalen Sicherheit und der lokalen Verwaltungen unterstützt", berichtet Christian Solidarity. "Sie weigern sich unter anderem, offizielle Beschwerden der Familien der Opfer einzureichen, fälschen polizeiliche Ermittlungen oder schikanieren die Familien, damit sie schweigen und den De-facto-Handel mit ihren Angehörigen akzeptieren."

https://morningstarnews.org/2024/03/officials-in-egypt-abet-kidnappers-of-christian-woman-father-says/

Dänemark: Blasphemie-Gesetz wieder in Kraft gesetzt

International Christian Concern - Ende Dezember 2023 änderte das dänische Parlament offiziell einen Teil des Strafgesetzes, der Blasphemie verurteilt. Der Teil des Gesetzes besagt: "Eine Person ist zu bestrafen, wenn sie sich öffentlich oder in der Absicht, einen größeren Kreis zu beeinflussen, des Vergehens gegen eine anerkannte Religionsgemeinschaft oder einen Gegenstand, der wie ein solcher Text aussieht, schuldig macht."

Die Änderung findet sich in Abschnitt 110 des dänischen Strafgesetzbuchs, der die öffentliche Verhöhnung einer fremden Nation auf unterschiedliche Weise behandelt. Der Zusatz in diesem speziellen Teil des Textes verdeutlicht, dass das Ziel darin besteht, die dänischen Auslandsbeziehungen zu schützen. Ungeachtet des Wortlauts und des Ortes werden jedoch Blasphemiegesetze jeglicher Art weltweit als äußerst problematisch angesehen; Dänemark hat sein früheres Blasphemiegesetz 2017 abgeschafft.

Die Kommission der Vereinigten Staaten für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) veröffentlichte am 26. Dezember einen Bericht, in dem sie die Entscheidung des dänischen Parlaments kritisierte.

David Curry, Kommissar der USCIRF, stellte zwar klar, dass die USCIRF die Verbrennung religiöser Texte und anderer Gegenstände von religiöser Bedeutung verurteilt, kritisierte aber die dänische Regierung mit den Worten: "Die Kriminalisierung von Blasphemie ist der falsche Ansatz und weder ein wirksames Mittel in Bezug auf Sicherheitsbedenken noch auf den zugrundeliegenden Hass, der von religiösen Gemeinschaften erfahren wird.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Deutschland: Gesamtschule nahe Frankfurt – Weil Ramadan ist, sollen Fünftklässler nicht mehr im Unterricht trinken

Aus Rücksicht vor drei muslimischen Mitschüler sollen alle anderen auf Trinken in der Klasse verzichten

IIRF-D/NIUS/Tübingen/18.03.24 – Aus Respekt und Anerkennung der Religionsfreiheit wird kein Schüler in Deutschland daran gehindert, zu fasten im Fastenmonat der Muslime. Das gilt, obwohl dies für Kinder gesundheitlich Nachteile bringen kann – etwa im Blick auf die Konzentrationsfähigkeit im Unterricht, und trotz der Tatsache, dass die religiösen Vorschriften des Islam es gar nicht vorsehen, dass Kinder, Kranke und Reisende fasten.

Das Alternativ-Nachrichtenportal NIUS (s.u.) berichtet nun davon, dass in einer deutschen Schule Lehrkräfte ihre nicht-muslimischen Schülerinnen und Schüler dazu auffordern, das Trinken im Unterricht zu unterlassen:

»Am Sonntag hat der Fastenmonat der Muslime begonnen. 30 Tage lang dürfen sie bei Tageslicht weder trinken noch essen. In einer Gesamtschule im Großraum Frankfurt haben zwei Lehrerinnen den Fünftklässlern nun untersagt, im Unterricht zu trinken – aus Rücksicht auf muslimische Mitschüler, die fasten.

Unter leuchtenden Halbmonden und mit Allahu-Akbar-Rufen starteten Frankfurter Muslime am Sonntagabend in der Innenstadt in den Ramadan. Anlässlich des beginnenden Fastenmonats hatte die Stadt eine Beleuchtung organisiert, die Abends in Betrieb genommen wurde.

Dass muslimische Glaubensausübung den öffentlichen Raum immer mehr einnimmt, zeigt auch das Beispiel einer Gesamtschule im Frankfurter Großraum. Dort untersagten am Montag zwei Lehrerinnen den Schülern einer fünften Klasse das Trinken – wegen des Fastenmonats.

Ein Vater berichtet

NIUS hat mit einem Vater gesprochen, dessen Tochter in die besagte Klasse geht. Er erzählt: „Beim Abendessen reden wir immer darüber, wie der Tag gewesen ist. Ich fragte meine Tochter, was es Neues in der Schule gibt. Sie erzählte uns dann, dass zwei Lehrerinnen den Schülern untersagt hätten, im Unterricht zu trinken, da drei der 27 Kinder fasten."

Normalerweise dürfen Kinder im Unterricht trinken

Normalerweise, erklärt der Vater, hätten die Kinder ihre Wasserflaschen auf dem Tisch stehen und dürften im Unterricht trinken, wenn sie durstig seien. „Sie können ihre Flaschen auch immer auf dem Gang draußen auffüllen, da steht ein Wasserspender."

Der Vater weiter: „Wir fanden diese Ansage befremdlich. Zum einen sind die Kinder in der fünften Klasse zwischen 10 und 11 Jahre alt. Selbst für religiöse Muslime gilt das Fastengebot aber erst ab 14 Jahren. Und: Dass 24 Kinder auf drei Kinder Rücksicht nehmen sollen, bei körperlichen Grundbedürfnissen – das ist schon ein komischer Eingriff."

Er und seine Frau hätten der Tochter mitgegeben, dass sie trinken solle, wenn sie durstig sei.

Aktion einzelner Lehrerinnen

Laut dem Mädchen scheint die Ansage der beiden Lehrerinnen keine Schulvorgabe zu sein. Eine andere Lehrerin habe den Kindern nämlich erlaubt, wie gewohnt zu trinken, wenn sie wollen.

Eine Anfrage an die Schule blieb bis zur Veröffentlichung dieses Artikels unbeantwortet. «

Quelle: https://www.nius.de/gesellschaft/gesamtschule-nahe-frankfurt-weil-ramadan-ist-sollen-fuenftklaessler-nicht-mehr-im-unterricht-trinken/770f6813-f2e1-4f62-945b-c052d5c3e616

Anmerkung der Redaktion: IIRF-D ist bemüht, seriöse Quellen zu zitieren. NIUS, bzw. VIUS wird von vielen Medienschaffenden als „rechtspopulistisch" eingeordnet. Es ist nach eigenem Bekunden ein alternatives Nachrichtenportal, das aus staatsbürgerlicher Verantwortung entstanden sei, das die Meinung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vertrete. Es werde von anderen Medienschaffenden nur deswegen als rechts von der Mitte wahrgenommen, weil „die Mitte nach links gedriftet" sei.

Der für den Nachrichtendienst verantwortliche Geschäftsführer Julian Reichelt war von Februar 2017 bis Oktober 2021 Vorsitzender der Chefredaktionen und Chefredakteur Digital von Bild. Besitzer des Portals ist der Unternehmer Frank Gotthardt, der lange Jahre Landesvorsitzender des Lobby- und Berufsverbands Wirtschaftsrat der CDU in Rheinland-Pfalz und damit auch Mitglied des Bundesvorstands war, dessen Ehrenvorsitzender er heute ist. Nach seiner Darstellung gebe es in Deutschland eine „Übermacht der Medien, die links zu verorten sind", was die Gründung von NIUS bzw. VIUS notwendig gemacht habe. Das Portal berichtet von Ereignissen, die von anderen Medien übergangen werden – wie in diesem Beitrag. Eine Gegendarstellung zum Bericht konnten wir nicht finden.

Deutschland: HERZLICHE EINLADUNG ONLINE-SEMINARE ZUM THEMA „VERFOLGUNG“

Die Hilfsaktion Märtyrerkirche lädt ein ab morgen:

Gerne können Sie an den **kostenlosen Online-Seminaren** der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ teilnehmen. Unser Gemeindereferent **Wolfgang Häde** behandelt an fünf Abenden verschiedene Fragen zum Thema „Christenverfolgung“.

Die Seminare finden jeweils dienstags von 20:00 bis ca. 20:45 statt.

Termine und Themen

19. März 2024 - Durch viel Bedrängnis: Eine biblische Sicht von Verfolgung

26. März 2024 - Passion: Der leidende Christus und seine leidenden Nachfolger

02. April 2024 - Wolke von Zeugen: Verfolgung in der Kirchengeschichte

09. April 2024 - Stimmen aus der Verfolgung: Projektpartner der HMK

16. April 2024 - Seid nüchtern und wachet: Vorbereitung auf Verfolgung

Eine Anmeldung für einzelne Abende ist ebenso möglich wie die Registrierung für die gesamte Reihe. (Eine formlose Mail genügt:

E-Mail: w.haede@verfolgte-christen.org

Hilfsaktion Märtyrerkirche e.V. (HMK)

Frankreich: Olympia-Plakat ohne Kreuz

Organisationskomitee reagiert gelassen auf Kritik.

(idea) Auf dem offiziellen Plakat für die Olympischen Spiele und die Paralympics in Paris 2024 fehlt an der Spitze des Invalidendoms das Kreuz. Das Plakat wurde am 4. März vorgestellt. Gestaltet hat es der französische Illustrator Ugo Gattoni. Darauf sind verschiedene Pariser Wahrzeichen zu erkennen. Auf dem Invalidendom (1679–1708 errichtet) fehlt an der Spitze der Kuppel das christliche Symbol. In verschiedenen sozialen Netzwerken stieß die Darstellung auf Unverständnis. So schrieb der katholische Journalist Sachin Jose auf X (ehemals Twitter): „Wen wollen diese Leute beschwichtigen? Diese Aktionen lassen auf eine Verachtung der westlichen Zivilisation und ihres christlichen Erbes schließen.“ Dem Vorsitzenden des Organisationskomitees für die Spiele in Paris, Tony Estanguet, zufolge fängt die farbenfrohe Welt den ganzen Reichtum und die Vielfalt des Projekts ein. Das Bild zeige eine „fröhliche, künstlerische Interpretation einer neu erfundenen Stadt“. Gattoni äußerte, er habe nicht versucht, Gebäude korrekt darzustellen, sondern „so, wie sie mir erscheinen, ohne Hintergedanken“. Der Gesamtkomplex „Hôtel des Invalides“ beherbergt heute mehrere Museen und zwei Kirchen. Die Sommerspiele finden vom 26. Juli bis zum 11. August statt. Die Paralympischen Spiele folgen vom 28. August bis 8. September.

Indien: Christen von Stammesreligion terrorisiert. Behörden untätig.

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/21.03.24 - Ein christliches Ehepaar in Zentralindien hat seine beiden kleinen Kinder seit mehr als einem Monat nicht mehr gesehen, nachdem ein Angriff von Anhängern einer traditionellen Stammesreligion sie aus ihrem Dorf vertrieben hatte, weil sie sich weigerten, ihren Glauben zu widerrufen.

Aayatu Ram Podiyami, 35, wurde im Dorf Gupanpal im Bezirk Sukma, 31 Meilen von der Stadt Sukma im Bundesstaat Chhattisgarh entfernt, zweimal angegriffen, weil er sich weigerte, seinen christlichen Glauben zu widerrufen.

Ihm gelang es beide Male, in den Dschungel zu fliehen, aber sein Vater, Mangu Ram Podiyami, "ist nicht mehr jung und flink" und konnte dem zweiten Angriff nicht entkommen, sagte er.

"Der Mob hörte auf, ihn zu schlagen, nachdem er ohnmächtig wurde, und seine Angreifer dachten, er sei tot", sagte Aayatu Podiyami.

Er, seine Frau und sein Vater sind nicht mehr nach Hause zurückgekehrt, seit sie am 12. Februar an einem sicheren Ort Zuflucht gesucht hatten. Das Paar hat zwei Töchter, 7 und 4 Jahre alt. Aayatu Podiyami ist der einzige überlebende Sohn von drei Geschwistern, und auch seine Mutter, die Witwe und das Kind seines jüngeren Bruders sowie der Sohn seines älteren Bruders leben noch in seinem Haus.

"Ich kann nicht nach Hause gehen, um meine Kinder zu sehen", sagte Aayatu Podiyami gegenüber Morning Star News. "Unsere Angreifer sind auf der Hut, beobachten unser Haus und warten darauf, dass ich zurückkehre. Gott ist unsere einzige Hoffnung. Bitte beten Sie für uns. Ich sehe keinen Ausweg mehr."

Sein Vater wurde aus einem staatlichen Krankenhaus entlassen, nachdem er 16 Tage lang wegen kritischer Verletzungen behandelt worden war, und wird immer noch in einem privaten medizinischen Zentrum behandelt wegen Schmerzen in der Brust und Schwierigkeiten beim Atmen.

Die Vorgeschichte:

Die Dorfoberhäupter von Gupanpal und einem weiteren Dorf luden am 6. Februar die beiden christlichen Familien aus Gupanpal und 10 weitere aus dem anderen Dorf vor und befahlen ihnen, ihrem Glauben an Christus abzuschwören oder vertrieben zu werden, so Aayatu Podiyami.

Alle 11 anderen christlichen Familien kehrten zu ihrer animistischen Stammesreligion zurück.

"Ich sagte ihnen: 'Wohin soll ich gehen? Dies ist mein Zuhause", sagte Aayatu Podiyami gegenüber Morning Star News. "Ich glaube seit vier Jahren an Jesus, und ich möchte weiterhin an ihn glauben."

Bald darauf griff ein Mob von etwa 100 Menschen die Christen mit Äxten, Messern und Stöcken an, sagte er. Während Aayatu Podiyami in den Dschungel flüchtete, schloss sich sein Vater in einem Zimmer seines Hauses ein.

Nachdem er sich einen Tag und eine Nacht lang im Dschungel versteckt hatte, erstattete Aayatu Podiyami Anzeige bei der Polizeistation Tongpal. Die Beamten luden die Vertreter des Dorfes am 8. Februar auf die Polizeiwache und handelten eine Vereinbarung zwischen den Bewohnern und den Dorfvorstehern aus, wobei sie sich auf das individuelle Recht auf Religionsfreiheit beriefen. Eine förmliche Beschwerde wurde nicht registriert.

Am Morgen des 12. Februar versammelten sich die Dorfbewohner jedoch vor dem Haus von Aayatu Podiyami, wiederholten das Ultimatum und befragten ihn sechs Mal. Seine Antwort war dieselbe wie zuvor, und sie forderten ihn auf, in ein anderes Dorf umzuziehen.

"Wohin soll ich gehen?" antwortete er. "Meine Vorväter lebten in diesem Dorf, und ich bin hier geboren und aufgewachsen. Dies ist mein Zuhause."

Der Mob griff Aayatu Podiyami daraufhin an. Seiner Frau und seinen Kindern gelang es, ihn von den Angreifern zu befreien, und Aayatu Podiyami floh erneut in den Dschungel.

"Etwa 15-20 Männer verfolgten mich fast eine Meile lang", sagte er. "Ich rannte und rannte, so schnell ich konnte, während die Männer hinter mir herliefen. Ich rannte weiter durch den Dschungel, während die Männer im Wald nach mir suchten. Nach dem Vorfall hatte ich eine Woche lang Wunden an den Füßen".

Der Mob wandte sich an seinen Vater, Mangu Podiyami, und begann ihn zu schlagen. Sie griffen auch diejenigen an, die versuchten, ihn zu retten, darunter Aayatu Podiyamis Frau und andere Familienmitglieder. Mangu Podiyami wurde bewusstlos geschlagen und dem Tod überlassen.

Aayatu Podiyami versteckte sich mehrere Stunden lang im Dschungel und wechselte den Aufenthaltsort, da er wusste, dass die Dorfbewohner ihn jagten.

"Ich habe mir solche Sorgen um meinen Vater gemacht", sagte er mit zitternder Stimme. "Ich wusste, dass ich ihn als weiches Ziel zurückgelassen hatte. Er ist alt und gebrechlich. Er kann nicht rennen, um sich zu retten, so wie ich es getan habe. Die ganze Zeit im Dschungel war ich nicht sicher, ob mein Vater den Angriff überlebt hat oder getötet wurde.

Arun Pannalal, Vorsitzender des Christlichen Forums von Chhattisgarh, beschuldigte die Polizei der Untätigkeit und sagte, der Stationsleiter habe nach dem ersten Angriff vom 6. Februar schriftliche Informationen über das Potenzial für weitere größere Angriffe erhalten.

"Die Polizei hat keine angemessenen Maßnahmen ergriffen", sagte Pannalal gegenüber Morning Star News. "Bloße Gespräche und Worte waren nicht genug. Die Untätigkeit der Polizei hat die Angreifer darin bestärkt, das zu wiederholen, was sie zuvor getan haben, aber diesmal mit viel Brutalität.

Trotz des Einsatzes von tödlichen Waffen wie Äxten und Messern registrierten die Beamten nach dem zweiten Angriff nur einen Fall unter den Paragraphen für Präventivmaßnahmen wie "Anstiftung zu einer Sache" und "Anstiftung zu einer Straftat, die mit einer Freiheitsstrafe geahndet wird", sagte Pannalal.

"Es war ein klarer Angriff mit Tötungsabsicht", sagte er. "Die milde Anklage, die die Polizei erhoben hat, zeigt ihre Voreingenommenheit. Trotz der schweren Kopfverletzungen und des kritischen Zustands von Mangu wurde von der Polizei keine sofortige medizinische Hilfe geleistet." Die Familie rief den Notdienst und einen Krankenwagen. "Die Dorfbewohner umzingelten den Krankenwagen und wollten nicht zulassen, dass mein Vater in ein Krankenhaus gebracht wird", sagte Aayatu. "Meine Familie bettelte darum, ihn mitnehmen zu dürfen, da er sonst sterben würde.

Aayatu Podiyami meldete den zweiten Angriff bei der Polizei, aber der schließlich registrierte First Information Report stellte den Angriff als ein leichtes Handgemenge dar, sagte er. Mit Hilfe eines Anwalts reichte Aayatu Podiyami eine schriftliche Beschwerde beim Sub-Divisional Magistrate Office, beim Collectorate und beim Polizeipräsidium ein.

"Wir haben bei der Nationalen Menschenrechtskommission Beschwerde darüber eingereicht, dass die Polizei Angriffe absichtlich zulässt und unterstützt", sagte Pannalal.

Die einzige andere christliche Familie im Dorf Gupanpal, die vor sechs Jahren zum Glauben kam, kehrte am 12. Februar zum Stammesglauben zurück, "als sie Zeuge des brutalen Angriffs auf meinen Vater wurde", sagte Aayatu Podiyami.

"Ich werde meinen Glauben nicht aufgeben, selbst wenn ich mein Haus, mein Dorf verlassen muss", sagte er. "Wenn ich zurückkehre, werden sie mich töten. Ich habe zwei Kinder, und ich muss an sie denken. Wenn sich die Lage nicht bessert, werde ich an einen anderen Ort ziehen und als Tagelöhner arbeiten, um meine Familie zu versorgen, aber ich werde Christus nicht abschwören."

Aayatu Podiyamis zwei Kinder mussten wegen der Unruhen und der Gefahr für ihr Leben aufhören, zur Schule zu gehen.

"Mehrere Wochen lang konnten meine Kinder nicht zur Schule gehen, und ihre Ausbildung hat sehr gelitten", sagte er.

Die Gottesdienste in der Gegend wurden eingestellt. Früher versammelten sich regelmäßig etwa 50 Menschen zum Gottesdienst in einem offenen Gebäude in einem nahe gelegenen Dorf.

"Die christliche Gesellschaft wird weitere Angriffe nicht dulden", sagte Pannalal und fügte hinzu, dass die Christen schnelle Einsatzteams gebildet haben, um die Orte der gemeldeten Angriffe sofort zu erreichen.

Tausende von Christen versammelten sich am 28. Februar in Raipur, der Hauptstadt von Chhattisgarh, um gegen die Weigerung der Landesregierung zu protestieren, Christen zu schützen. Die von der Chhattisgarh Yuva Manch organisierte Kundgebung gipfelte in einer friedlichen Demonstration, an der sich Fuß- und Motorradzüge aus dem ganzen Bundesstaat beteiligten.

Die Organisatoren protestierten gegen die Verletzung grundlegender Menschenrechte, die Angriffe auf Kirchen, die Voreingenommenheit der Polizei und die Vernachlässigung durch die Medien, die nicht über antichristliche Angriffe berichten.

"Die Regierung trägt die alleinige Verantwortung für jede unvorhergesehene Situation, die in Zukunft zwischen den Gemeinschaften entstehen wird", sagte Pannalal.

Pannalal forderte die Regierung auf, der Notlage der christlichen Gemeinschaft Beachtung zu schenken und strenge Maßnahmen gegen die Polizei zu ergreifen: "Wir haben immer noch den Glauben und die Hoffnung, dass die Regierung von Chhattisgarh die indische Verfassung in Geist und Wort befolgen wird."

Sukma liegt in der Bastar-Region an der Südspitze von Chhattisgarh und hat eine Bevölkerung, die zu 85 Prozent aus Stammesangehörigen besteht, und ist bekannt für eine starke Präsenz von Maoisten.

Der feindselige Ton der von der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party geführten Regierung der Nationalen Demokratischen Allianz gegenüber Nicht-Hindus hat Hindu-Extremisten in mehreren Teilen des Landes ermutigt, Christen anzugreifen, seit Premierminister Narendra Modi im Mai 2014 die Macht übernommen hat, sagen Verfechter der religiösen Rechte.

Auf der Weltbeobachtungsliste 2024 der christlichen Hilfsorganisation Open Doors der Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein, steht Indien auf Platz 11. Im Jahr 2013 lag das Land noch auf Platz 31, doch nach dem Amtsantritt von Modi verschlechterte sich seine Position.

https://morningstarnews.org/2024/03/christian-family-in-india-beaten-separated-from-children/

IRAK: Quote für Minderheiten in der Autonomen Region Kurdistan abgeschafft

Christliche Parteien appellieren an Präsident Abdul Latif Rashid

Bagdad (Fides) - Minderheitenparteien und -organisationen, die eine politische Vertretung der christlichen Gemeinschaften im Irak beanspruchen, setzen ihre Mobilisierung gegen die Entscheidung des irakischen Obersten Bundesgerichts fort, die Quote der Abgeordnetensitze für ethnisch-religiöse Minderheiten im Parlament der Autonomen Region Irakisch-Kurdistan aufzuheben. In diesem Zusammenhang wurde eine Delegation der einheimischen christlichen Gemeinschaften (Chaldäer, Syrer und Assyrer) am Dienstag, den 12. März in Bagdad vom irakischen Präsidenten Abdul Latif Rashid empfangen (siehe Foto). Während des Treffens, das im Präsidentenpalast al-Salam stattfand - so berichten offizielle irakische Präsidialquellen - würdigte das Staatsoberhaupt die Bedeutung der einheimischen christlichen Gemeinschaften als "integraler Bestandteil der vielfältigen multikulturellen Identität des Landes".
Die Delegation christlicher Politiker wurde von Yaqoub Korkis Yaqu, Generalsekretär der Assyrischen Demokratischen Bewegung, und Romeo Hakkari von der Demokratischen Partei "Bet-Nahrain" angeführt.
Das Urteil des Obersten Gerichtshofs, das im Mittelpunkt der Beschwerden der christlichen politischen Gruppierungen steht, hat die Quote von insgesamt elf Parlamentssitzen abgeschafft, die für ethnische und religiöse Minderheitengemeinschaften im Parlament der Autonomen Region Irakisch-Kurdistan reserviert waren, wo am 10. Juni Parlamentswahlen stattfinden sollen. Nach Ansicht christlicher Politiker beeinträchtigt diese Bestimmung die in der Verfassung garantierten politischen Rechte der religiösen Minderheitsgemeinschaften.
Am Montag, den 11. März, hatten die Führer anderer politischer Gruppen, vertreten durch Jinan Jabbar von der Chaldäischen Nationalen Partei, ihre Absicht angekündigt, die in der Autonomen Region Kurdistan geplanten Wahlen aus Protest gegen die umstrittene Bestimmung des Bundesgerichtshofs zu boykottieren. Am Samstag, den 9. März, erklärte der chaldäische Patriarch, Kardinal Louis Raphael Sako, in einem Interview mit dem kurdischen Medienunternehmen „Rudaw“, dass die Bestimmung, die den ethnischen und religiösen Minderheiten vorbehaltenen Sitze zu streichen, "verfassungswidrig" sei, und äußerte sich besorgt über die mögliche Einmischung und den Druck, der die Entscheidungsprozesse des Obersten Gerichtshofs beeinträchtigen würde.
(GV) (Fides 14/3/2024)

Quelle: https://www.fides.org/de/news/74829-ASIEN_IRAK_Quote_fuer_Minderheiten_in_der_Autonomen_Region_Kurdistan_abgeschafft_Christliche_Parteien_appellieren_an_Praesident_Abdul_Latif_Rashid

Irland: Bevölkerung lehnt Neudefinition der Familie ab

Aussagen in der Verfassung zum „häuslichen Leben“ der Frau bleiben bestehen.

(idea) (idea) Die Bürger in Irland haben mit großer Mehrheit Verfassungsänderungen zur Familie und zur gesellschaftlichen Rolle der Frau abgelehnt. Bei der Volksabstimmung am 8. März votierten 67,7 % der Wähler gegen eine Neudefinition der Familie und 73,9 % gegen Änderungen hinsichtlich der Rolle der Frau. Der nun abgelehnte Reformvorschlag sah vor, künftig nicht mehr nur die Ehe als Grundlage für die Familie anzuerkennen, sondern auch „dauerhafte Beziehungen“. Außerdem sollten Formulierungen in der Verfassung zum „häuslichen Leben“ der Frau gestrichen werden. Dazu heißt es in dem aus dem Jahr 1937 stammenden Artikel 41 der irischen Verfassung: „Der Staat erkennt an, dass die Frau durch ihr häusliches Leben dem Staat eine Stütze ist, ohne die das Gemeinwohl nicht erreicht werden kann.“ Und weiter: „Der Staat ist daher bestrebt, dafür zu sorgen, dass Mütter nicht durch wirtschaftliche Notwendigkeit gezwungen sind, unter Vernachlässigung ihrer häuslichen Pflichten zu arbeiten.“ In der nun abgelehnten Formulierung sollte es heißen, dass der Staat bestrebt sei, „die gegenseitige Fürsorge von Familienmitgliedern zu unterstützen“. Alle großen Parteien in Irland hatten sich dafür ausgesprochen. Irlands Regierungschef Leo Varadkar von der bürgerlich-liberalen Partei Fine Gael reagierte enttäuscht auf das Ergebnis des Referendums. Man werde es aber voll und ganz respektieren. Der Chef der kleinen konservativen Aontu-Partei, Peadar Toibin, nannte das Ergebnis des Referendums gegenüber der Nachrichtenagentur AFP einen „bedeutenden Sieg“ des Volkes über das politische Establishment.

Islamische Welt: Communio Messianica Kirche wird gegründet, um Jesus-gläubige mit einem muslimischen Hintergrund zu sammeln

Rt. Revd. Dr. Yassir Eric wurde zum Bischof für eine Kirche von ehemaligen Muslimen

Bischof Dr. Yassir Eric © Communio Messianica

Communio Messianica/RUANDA/21.03.2024 - Communio Messianica freut sich, die Einsetzung von Bischof Dr. Yassir Eric als deren ersten Bischof bekannt zu geben. Die Einsetzung am 10. März 2024 in der Kathedrale der Heiligen Dreieinigkeit in Kigali, Ruanda, durch Erzbischof Dr. Laurent Mbanda geschah in Anwesenheit von Mitgliedern des leitenden Rates von Communio Messianica und vielen Amtsträgern der dortigen Kirche. Communio Messianica ist als entstehende Kirche im islamischen Raum bereits angeschlossenes Mitglied der Weltweiten Evangelischen Allianz.

Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, Communio Messianica zu einer unabhängigen und selbstverwalteten kirchlichen Bewegung zu machen.

Communio Messianica (ummat-al-masih/"Gemeinschaft des Messias"), ist eine weltweite Familie von Kirchen, Hausgemeinden, Jüngerschaftsbewegungen und Individuen. Diese bestehen überwiegend aus Konvertiten mit muslimischem Hintergrund. Sie sind in den letzten Jahren durch die Wirkung des Geistes Gottes in großen Zahlen zum Glauben an Jesus Christus berufen wurden und haben dadurch eine neue Identität im Leib Christi, der Kirche, gefunden. Angesichts der systematischen Unterdrückung und Verfolgung durch den Islam in ihren Heimatländern, stellt es eine große Herausforderung dar, sich als Kirche Jesu Christi zu formieren. Um dabei zu helfen, ist Communio Messianica ins Leben gerufen worden.

Communio Messianica ruft den ganzen Leib Christi dazu auf, Bischof Yassir und sie als Ganzes durch Gebet zu unterstützen.

Bischof Yassir Eric, gebürtiger Sudanese mit muslimischem Hintergrund, lebte zunächst, nachdem er von seiner Familie verstoßen und im Sudan inhaftiert wurde, in Kenia. Er heiratete die Deutsche Maren. Das Paar hat drei erwachsene Kinder. Eric arbeitete in der arabischen Gemeinde Stuttgart und studierte Theologie in Deutschland. Er erwarb einen M.A. in Missiologie an der Columbia International University, einen M.A. in Theologie an der Universität Heidelberg und promovierte in Theologie an der Kirchlichen Hochschule in Wuppertal. Yassir Eric ist bisher Professor an der Akademie für Weltmission (Korntal) in Verbindung mit der Columbia International University und Direktor des Europäischen Instituts für Migration, Integration und Islamthemen (EIMI).

Weitere Informationen zu Communio Messianica finden Sie unter www.communiomessianica.org.

Photo: © Communio Messianica

Mexiko: Präsidentschaftskandidaten unterzeichnen Verpflichtung für Frieden mit religiösen Führern

International Christian Concern - Angesichts der bevorstehenden Wahlen in Mexiko bemühen sich die Präsidentschaftskandidaten um die Gunst der religiösen Bevölkerung Mexikos. Mit den drei Kandidaten Claudia Sheinbaum, Xohitl Galvez und Jorge Alvarez Maynez, die noch im Rennen sind, ist die Frage, wie die Kandidaten die Probleme angehen wollen, die Mexiko plagen, von entscheidender Bedeutung geworden.

Von den rund 129 Millionen Menschen in Mexiko bezeichnen sich 78 % als römisch-katholisch, 10 % als protestantisch oder evangelisch-protestantisch, und 1,5 % gehören anderen religiösen Gruppen an. Die mexikanische Verfassung garantiert die Religionsfreiheit, einschließlich des Rechts, an religiösen Zeremonien oder Gottesdiensten teilzunehmen.

Während die Verfassung und die allgemeine Kultur nicht auf Verfolgung hindeuten, sind Kirchenführer, insbesondere die der katholischen Kirche, aufgrund ihrer Position als "moralische Autorität" extremer Verfolgung ausgesetzt.

Während der Amtszeit des scheidenden Präsidenten Andres Manuel Lopez Obrador wurden zwei Jesuitenpriester im Norden Mexikos brutal ermordet, was die Beziehungen zwischen dem Präsidenten und der religiösen Gemeinschaft drastisch beeinträchtigte. Als Mitglied der Regierungspartei stand Sheinbaum Lopez Obradors Engagement für die religiöse Gemeinschaft weniger kritisch gegenüber und verwies auf mehrere Beispiele für den Kampf des scheidenden Präsidenten gegen Gewalt.

Der Präsidentschaftskandidat Galvez hingegen kritisierte die Reaktion von Lopez Obrador und versprach ein Engagement für den Frieden, falls er zum Präsidenten gewählt würde. In ihrer Antwort auf die Behandlung katholischer Amtsträger sagte Galvez: "Ich bin überzeugt, dass die Kirchen und insbesondere die katholische Kirche, der ich angehöre, eine grundlegende Rolle bei der Schaffung von Frieden spielen.... Ein Problem dieser Größenordnung erfordert die Mitwirkung aller".

Alle drei Kandidaten unterzeichneten das Dokument mit dem Titel "Nationales Engagement für den Frieden", das Strategien zur Verringerung der Gewalt im Lande enthält.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org
Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

MYANMAR: Aus der Stadt Loikaw vertrieben – “Eine Gemeinschaft, die sich um Jesus schart”

Loikaw (Fides) - Loikaw, eine Stadt im Osten Myanmars, im burmesischen Bundesstaat Kayah, ist menschenleer. Sie wird heute oft als "Geisterstadt" bezeichnet, weil die Zivilbevölkerung vor den Zusammenstößen zwischen der regulären Armee und den Milizen, die sich der Militärjunta widersetzen, die im Februar 2021 durch einen Staatsstreich die Macht an sich gerissen hat, geflohen ist, um Schutz zu suchen. Priester, Ordensleute, Katecheten und katholische Familien haben die von der Armee bombardierte Stadt ebenfalls verlassen, da sie als eine der Hochburgen der Volksverteidigungskräfte gilt, die mit den Armeen der ethnischen Minderheiten verbündet sind. Hinzu kommt in der letzten Zeit die Situation der Jugendlichen, die die in den letzten Wochen von der Regierung verhängte Wehrpflicht fürchten.
"Die jungen Leute wollen sich nicht melden und gegen das Volk kämpfen. Aus diesem Grund schließen sich einige den Rebellen an, andere verstecken sich, wieder andere wandern aus", so eine Quelle aus der Diözese Loikaw, die aus Sicherheitsgründen um Anonymität bittet, gegenüber Fides. Die Beobachter berichten, dass der Flüchtlingsstrom ungebrochen ist, sogar in Richtung des Staates Shan an der Grenze zum Staat Kayah. Unter den Flüchtlingen befindet sich auch der katholische Bischof von Loikaw, Celso Ba Shwe, der im November letzten Jahres seine Christ-König-Kathedrale mit angeschlossenem Komplex, zu dem das Bistum, die Priesterwohnung, das Pastoralzentrum und eine medizinische Ambulanz gehören verlassen musste, weil das Gelände von der Armee besetzt und in ein Militärlager verwandelt wurde (vgl. Fides 28/11/2023).
Der Bischof erlebte diese schmerzhafte Vertreibung als "die Gelegenheit, die Gott mir gegeben hat, um den Menschen näher zu sein, um mit allen Vertriebenen den Zustand eines Flüchtlings zu teilen, um die betrübten Herzen zu besuchen und zu trösten", so der Bischof, der vorübergehend in andere Pfarreien der Diözese umgezogen und hat einen Stützpunkt im Dorf Demoso eingerichtet hart. In den letzten Tagen war er in der nahe gelegenen Erzdiözese Taunggyi im Shan-Staat zu Gast. Von dort aus lancierte er einen Friedensappell, in dem er die birmanischen Katholiken aufforderte, "ihre Herzen zu entwaffnen". In einer Messe in der St.-Josephs-Kathedrale in Taunggyi, die in Anwesenheit von Hunderten von Vertriebenen stattfand, rief Bischof Ba Schwe die Gläubigen erneut dazu auf, "nach wahrer Freiheit und dauerhaftem Frieden zu streben, Versöhnung zu schaffen und Hass, Aggression und Feindseligkeit abzuschwören".
Der Bischof, die Priester, Ordensleute und Nonnen der Diözese Loikaw stehen dem Volk Gottes in diesem Gebiet, einer Gemeinschaft, die derzeit aus Binnenvertriebenen besteht, weiterhin nahe. Der Bürgerkrieg hat in Loikaw zu einer Verstreuung der Gläubigen geführt, die das pastorale Leben der örtlichen Kirche stark beeinträchtigt: die kirchlichen Grenzen der Pfarreien sind nicht festgelegt, bisher wurden 12 Kirchen durch militärische Angriffe getroffen und beschädigt, und in der Diözese sind 31 von 41 Pfarreien fast völlig leer, da die Gläubigen in die Wälder geflohen sind.
Bischof Shwe wird die Riten der Karwoche und von Ostern nicht in seiner Kathedrale in Loikaw feiern können, sondern in einer neuen "Bambus-Kathedrale", einer einfachen Holzkapelle, die eigens im Wald gebaut wurde, um weiterhin die Eucharistie feiern zu können. Dies, so betont er, "schafft die Gemeinschaft, die sich um Jesus schart, auch wenn sie über das ganze Gebiet verstreut ist, und doch in einer Zeit der Bedrängnis im Gebet vereint bleibt", so der Bischof vor den Vertriebenen, die in provisorischen Flüchtlingslagern leben, die in einigen Gebieten improvisiert wurden, oder in anderen Lagern, die mit Hilfe der örtlichen Kirche organisiert wurden. "Wir wissen nicht, wie lange diese Situation und diese unsichere Zeit andauern werden. Ich weiß nicht, in welchem Zustand wir die Kathedrale vorfinden werden und wann wir zurückkehren können. Wir beten zum Herrn und vertrauen uns ihm an als eine Gemeinschaft, die um Frieden und Heil bittet, das Geschenk von Ostern, das wir alle mit großer Hoffnung erwarten", schließt er.
(PA) (Fides 20/3/2024)

Quelle: https://www.fides.org/de/news/74841-ASIEN_MYANMAR_Aus_der_Stadt_Loikaw_vertrieben_Eine_Gemeinschaft_die_sich_um_Jesus_schart

Pakistan: Taxifahrer von Kollegen wegen seines Glaubens verprügelt

International Christian Concern - Ein christlicher Fahrer wurde von seinen muslimischen extremistischen Kollegen angegriffen, nachdem er in Pakistan befördert worden war. Noel ist Vater von vier Kindern und arbeitet seit fünf Jahren als Fahrer. Aufgrund seiner harten Arbeit, Ehrlichkeit und Pünktlichkeit wurde er zum Vorarbeiter befördert. Seine muslimischen Kollegen weigerten sich jedoch, unter einem christlichen Vorgesetzten zu arbeiten. Er nahm die Drohungen nicht ernst, bis es zu spät war.

Als er den Arbeitsplatz verließ, hielten ihn etwa ein halbes Dutzend muslimischer Kollegen auf der Straße an, zerrten ihn und schlugen ihn mit Knüppeln und Eisenstangen. Sie ließen Noel bewusstlos auf der Straße liegen, wo er von barmherzigen Samaritern gefunden und in das örtliche Krankenhaus gebracht wurde. Der Mob brach ihm zwei Rippen und zwei Knochen in den Beinen. Auch sein Gesicht wurde schwer zerkratzt.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Russland: Einschränkungen der Religionsfreiheit im Überblick

AKREF-A/18.03.24 - Die Regierung der Russischen Föderation verletzt fortgesetzt ihre Verpflichtungen im Bereich der Religions- bzw. Glaubensfreiheit und damit verbundener Menschenrechte wie des Rechts auf freie Meinungsäußerung, der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit.

Von 15. – 17. März fand die Präsidentenwahl statt. Da die Kandidatur aller wesentlichen Oppositionspolitiker, die sich noch auf freiem Fuß befinden, von der zuständigen Kommission abgelehnt wurde, kann man nicht von freien und fairen demokratischen Wahlen sprechen. Der vorprogrammierte Wahlsieger Vladimir Putin regiert Russland seit 1999 ununterbrochen als Präsident bzw. Premierminister. Seine Amtszeit ist geprägt von schweren Menschenrechtsverletzungen und den Invasionen Georgiens und der Ukraine.

Unter anderem wurden von Forum 18 folgende schwere Menschenrechtsverletzungen innerhalb der international anerkannten Grenzen Russlands dokumentiert:

- Strafverfolgung von Zeugen Jehovas und Muslimen, die sich versammeln, um die Werke des verstorbenen türkischen Theologen Said Nursi zu studieren unter dem Vorwand des „Extremismus". Beide Gruppen wurden als „extremistische Organisationen" eingestuft und verboten, doch ihre Anhänger versammeln sich weiterhin ohne staatliche Erlaubnis in Privatwohnungen um zu beten, zu singen, heilige Texte zu studieren und über ihre Glaubensüberzeugungen zu sprechen.

Im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen angeblichem Extremismus und strafrechtlichen Verurteilungen wegen der Ausübung des legitimen Rechts auf Religions- bzw. Glaubensfreiheit müssen Betroffene mit folgenden Konsequenzen rechnen:

a) Während der laufenden Ermittlungen auf die Liste von Terroristen und Extremisten gesetzt zu werden, auch wenn es zu keinem Gerichtsverfahren kommt. Dadurch werden ihre Bankkonten gesperrt, Probleme bei der Arbeitsplatzsuche, etc.;
b) Haftstrafen oder innerhalb von 30 Tagen zahlbare Geldstrafen im Fall einer Verurteilung;
c) bedingte Urteile führen im Fall einer weiteren Verurteilung während der Bewährungsfrist zum Widerruf der bedingten Strafnachsicht;
d) mögliche Verurteilung zu verordneter Arbeit bei Arbeitgebern nach Wahl der Behörden;
e) mögliche Einschränkungen der persönlichen Freiheit, z.B. Ausgehverbote, das Verbot, den Wohnort zu verlassen, an bestimmten Veranstaltungen teilzunehmen, Wohnsitz oder Arbeitsplatz zu wechseln, etc.;
f) Vorbestrafte müssen mit härteren Strafen rechnen;
g) die Verpflichtung, sich regelmäßig bei den Behörden zu melden;
h) im Falle von wegen Artikel 282.2 des Strafgesetzbuchs wegen Beteiligung an den Aktivitäten einer verbotenen „extremistischen Organisation" verurteilten Personen Berufsverbote bzw. das Verbot, religiöse oder öffentliche Organisationen zu leiten oder an Aktivitäten derselben teilzunehmen. Das umfasst auch das Verbot der Teilnahme an Gottesdiensten registrierter Religionsgemeinschaften.

Die Liste der von Forum 18 dokumentierten schweren Menschenrechtsverletzungen umfasst weiters:

- Misshandlung bzw. Folter ohne strafrechtliche Folgen für die Täter;

- Gewissensgefangenen, die zum Zeitpunkt ihrer Geburt Bürger eines anderen Staates waren, kann die russische Staatsangehörigkeit entzogen werden mit darauf folgender Abschiebung in den ursprünglichen Heimatstaat;

- mindestens 42 Personen, denen Strafverfahren wegen der Ausübung ihrer Religions- bzw. Glaubensfreiheit drohen, stehen auf der mehr als 95.000 Personen umfassenden Fahndungsliste der Russischen Föderation;

- für die Diskreditierung der Streitkräfte der Russischen Föderation und von Freiwilligenverbänden wurden seit der Invasion der Ukraine neue strafrechtliche Bestimmungen eingeführt, ebenso für die Verbreitung angeblicher „Falschinformationen" über die Streitkräfte (zwecks Bestrafung von Kritik an der Invasion der Ukraine);

- Verhängung von Geld- und Kerkerstrafen für Russen, die aus religiösen oder nicht religiösen Gründen gegen den Ukrainekrieg protestieren;

- kein ziviler Wehrersatzdienst zur Zeit der Mobilmachung, wodurch Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen gezwungen sind, in der Ukraine zu kämpfen; Freiheitsstrafen bei Verweigerung der Einberufung;

- das SOWA-Zentrum für Information und Analyse wurde von den Behörden geschlossen.

Auch in den von Russland besetzten Gebieten, die von der Regierung als Teile der Russischen Föderation betrachtet werden, kommt es zu vergleichbaren Verletzungen der Religions- bzw. Glaubensfreiheit und anderer Menschenrechte.

Nach der bereits vorab feststehenden Wiederwahl Vladimir Putins zum Präsidenten der Russischen Föderation ist mit keiner Besserung der Menschenrechtslage zu rechnen.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 15. März 2024).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Uganda: Christ erschlagen, weil er Muslime zum Glauben an Christus geführt hat

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/21.03.24 - Islamische Extremisten im Osten Ugandas töteten am 8. März einen Christen, weil er Muslime zum Glauben an Christus geführt hatte.

Kiisa Masolo, 45, war um 19 Uhr in sein Haus im Dorf Nakitiku, Gemeinde Bunabuka, Unterbezirk Bubeza im Bezirk Sironko zurückgekehrt, nachdem er auf den Straßen von Nakaloke und Busajjabwankuba gepredigt hatte, als sieben maskierte Männer in islamischer Kleidung einbrachen und ihn mitnahmen, sagte seine Mutter Norah Nandege.

"Nachdem sie ihn weggebracht hatten, blieben drei Männer zurück und sagten mir: 'Allah ist sehr unzufrieden mit Ihrem Sohn, und wir sind darauf aus, ihn zu bestrafen'", so Nandege gegenüber Morning Star News. "Dann gingen die drei Männer weg."

Sie rief einen Clanchef an, der kam, ihr aber sagte, sie sollten bis zum nächsten Morgen warten, bevor sie etwas unternähmen, sagte sie. Als ihr Sohn am nächsten Morgen nicht auftauchte, meldete sie die Entführung dem Vorsitzenden des Local Council 3, und eine Suchaktion begann.

"Nach vierstündiger Suche wurde die Leiche meines Sohnes Masolo leblos im Busch gefunden, zusammen mit einer arabischen Notiz, die wir nicht lesen konnten", so Nandege. "Eine Person, die fließend Arabisch spricht, wurde gerufen, um die Schrift zu lesen, in der es hieß: 'Wir hatten dich gewarnt, unsere muslimischen Brüder und Schwestern nicht zum Christentum zu bekehren, aber du hast unsere Warnung nicht beachtet. Das hat dich schließlich das Leben gekostet.'"

Die Muslime hätten auf Masolos Handy mehrere Warnungen und Drohungen hinterlassen, er solle aufhören, Muslime zum Christentum zu bekehren, sagte sie.

"Ich habe versucht, meinem Sohn zu raten, sehr vorsichtig mit seinem Leben umzugehen, aber er hat mir immer gesagt, dass sein Leben in den Händen Gottes liege und dass er dazu berufen sei, das Evangelium Christi zu verkünden", sagte Nandege gegenüber Morning Star News. "Seitdem wusste ich, dass das Leben meines Sohnes in Gefahr war und er aufgrund der vielen Drohbotschaften von Allah, der ihn töten wollte, vielleicht nicht mehr lange leben würde."

Masolos Leiche, die tiefe Schnittwunden an Kopf und Hals aufwies, wurde zur Obduktion und weiteren Untersuchung in die Leichenhalle der Stadt Mbale gebracht. Er war Mitglied des Calvary-Tempels in Mbale.

Der Angriff war der jüngste von vielen Fällen der Verfolgung von Christen in Uganda, die Morning Star News dokumentiert hat.

Ugandas Verfassung und andere Gesetze sehen Religionsfreiheit vor, einschließlich des Rechts, den eigenen Glauben zu verbreiten und von einem Glauben zum anderen zu konvertieren. Muslime machen nicht mehr als 12 Prozent der ugandischen Bevölkerung aus, wobei sie sich vor allem in den östlichen Gebieten des Landes aufhalten.

https://morningstarnews.org/2024/03/christian-slain-for-leading-muslims-to-faith-in-christ/

Vietnam: Drei Hauskirchenmitglieder aus dem Gefängnis entlassen

International Christian Concern - Nach einer Woche Haft wurden drei Mitglieder einer unabhängigen protestantischen Hauskirche in Vietnam zu ihren Familien entlassen und sind nun zu Hause.

Die drei Männer, die alle miteinander verwandt sind, wurden von der Polizei in der Provinz Dak Lai willkürlich verhaftet. Ihre Hauskirche ist eine von vielen Kirchen und Glaubensgemeinschaften, die von der Kommunistischen Partei Vietnams nicht offiziell anerkannt werden. Daher sind sie regelmäßig Schikanen und Diskriminierungen seitens der lokalen und staatlichen Behörden ausgesetzt.

Pastor Y Khen Bdap, der vor einem Jahrzehnt wegen seiner religiösen Aktivitäten zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde, sagte gegenüber Radio Free Asia, dass die drei verhafteten und freigelassenen Männer Mitglieder seiner Familie seien.

Er bestätigte, dass Christen in ihrer Gegend weiterhin schikaniert werden.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Weltweit: Die Sklaverei gedeiht in erschreckender Weise

Sklaverei ist weltweit verboten. Doch nur auf dem Papier.

(idea)

Schätzungsweise 50 Millionen Männer, Frauen und Kinder leben heute als Sklaven. Pfarrer Peter Fuchs, Geschäftsführer von Christian Solidarity International (CSI), berichtete IDEA-Redakteurin Erika Gitt exemplarisch von ihrem Leid.

Kousar Bibi schuftete mit ihrem Ehemann Yaqoob Masih 22 Jahre in einer Ziegelei in Pakistan. Doch nicht als normale Arbeiterin: Die heute 56-Jährige war eine Sklavin. Die Mutter zweier Mädchen hatte keine Wahl. Die Krankheit ihres Mannes brachte die Familie in diese Notlage. Immer wieder musste sich die bitterarme Familie von ihrem Arbeitgeber Geld leihen, um die Arztrechnungen für Yaqoobs Behandlungen begleichen zu können. Das christliche Ehepaar verkaufte sich damit an seinen Arbeitgeber – und der nutzte ihre Not aus. Sie mussten zu seinen Bedingungen arbeiten und konnten sich keinen anderen Job suchen. Er hatte sie in der Hand.

Als Yaqoob 2015 starb, „erbte" Kousar Bibi die Schulden ihres Mannes. Auch ihre beiden Töchter mussten nun zum Frondienst. Sie besuchten damals erst die sechste Klasse. Aus war der Traum von einer besseren Zukunft für die Zwillinge.

Christian Solidarity International (CSI) wurde auf das Schicksal der Familie aufmerksam, und damit änderte sich ihr Leben. CSI beglich die Schulden und half Bibi dabei, ein eigenes Lebensmittelgeschäft zu eröffnen. Die Geschichte von Kousar Bibi ist kein Einzelfall in Pakistan: Obwohl die Schuldknechtschaft gesetzlich verboten ist, werden bis zu vier Millionen Menschen in dem Land als Sklaven in einer Ziegelei-Knechtschaft ausgebeutet und das Leid der Eltern meist an ihre Kinder vererbt.

Vom Stiefvater verkauft

Blickpunkt Indien: Bis 2022 war Manisha Kandulna ein normales, glückliches Mädchen in Indien. Dann starb ihr Vater. Ihr Stiefvater, ein Hindu, verbot der Elfjährigen und ihrer Mutter den Besuch einer Kirche. Als er mit Manishas Mutter eine eigene Familie gründen wollte, war das Mädchen eine Last für ihn. Er kontaktierte eine Menschenhändlerin, die gegenüber Manishas Mutter vorgab, dass Manisha im fernen Delhi eine gute Ausbildung erhalten solle. In Wirklichkeit hatte der Stiefvater das Kind in die Prostitution verkauft.

Doch ein Mitarbeiter des lokalen Partners von CSI entdeckte die weinende Manisha mit der Menschenhändlerin im Bus und meldete die verdächtige Situation der Polizei. Das Mädchen wurde befreit und zu ihren Großeltern gebracht. Dort besuchen sie Mitarbeiter des CSI-Partnerwerks regelmäßig. Manisha hätte um ein Haar das Schicksal von vielen Millionen jungen Menschen in Indien erlebt, die als Sex- oder Arbeitssklaven ausgebeutet werden.

Manisha lebt jetzt bei ihren Großeltern. Foto: Christian Solidarity International

Ein Leben lang missbraucht

Blickpunkt Sudan: Anuk Garang Akot weiß erst seit wenigen Monaten, wie es sich anfühlt, keine Sklavin mehr zu sein. Die neue Freiheit muss die 21-Jährige erst noch lernen. Anuks Leben war bislang ein Leidensweg aus harter Arbeit und sexuellem Missbrauch. Die junge Südsudanesin ist ein typisches Opfer des sudanesischen Bürgerkriegs, der von 1983 bis 2005 andauerte.

2004 verschleppten dschihadistische arabische Milizen die damals etwa Zweijährige mit ihrer Mutter aus dem mehrheitlich christlichen Süden in den muslimischen Norden des Sudans. Dort wurden Mutter und Tochter getrennt und als Sklavinnen verkauft. Die Kleine wuchs mit anderen Sklaven ihres Sklavenhalters auf. Im November 2023 tauschte sie ein sudanesischer Geschäftsmann im Auftrag von CSI gegen Medikamente für die Nutztiere „ihres Herrn" aus der Sklaverei.

Nach ihrer Befreiung fand sie zusammen mit anderen ehemaligen Sklavinnen in einem Dorf im Südsudan Aufnahme. CSI gab ihr als Starthilfe eine Grundausstattung sowie eine Milchziege. Rund 100.000 Versklavte hat das christliche Werk seit 1995 im Sudan freigekauft. Noch ist kein Ende in Sicht, denn es befinden sich immer noch Tausende Südsudanesen in sudanesischer Sklaverei.

Anuk Gargang Akot ist vor wenigen Monaten befreit worden. Foto: Christian Solidarity International

Was ist Sklaverei?

All diesen Schicksalen ist gemein: Sie sind Beispiele für die bis heute existierende Sklaverei überall auf der Welt. Obwohl sie offiziell seit 1948 mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen verboten ist, sehen Menschenrechtsexperten in den vergangenen Jahren einen deutlichen Anstieg. Heute werden unter Sklaverei unterschiedliche ausbeuterische und missbräuchliche Praktiken wie Zwangsarbeit, Kinderarbeit, Zwangsehen oder Zwangsprostitution, aber auch die Rekrutierung von Kindersoldaten verstanden.

Wenn CSI als Menschenrechtsorganisation für Religionsfreiheit und Menschenwürde heute Menschen befreit, die aus religiösen Gründen oder aus purem Profitdenken versklavt und ausgebeutet werden, stellt es sich ganz bewusst in eine große christliche Tradition: So waren es unter anderem protestantische Christen, die bei der Abschaffung der Sklaverei in Großbritannien und später in den USA eine nicht unwichtige

Rolle spielten. Es ist die Gottesebenbildlichkeit des Menschen, die Werke wie CSI in ihrem Einsatz bestärken. Denn alle Formen der Sklaverei haben letztlich die Gemeinsamkeit, dass sie die Person zur Ware machen und entmenschlichen. Dem gilt es mutig entgegenzutreten.

Weltweit: Wer schränkt die Religion mehr ein, die Politiker oder das Volk? Pew hat die globalen Daten ausgewertet

Der Jahresbericht bewertet 198 Nationen und Territorien, von denen 9 von 10 Glaubensgemeinschaften belästigen. China und Nigeria schneiden am schlechtesten ab.

IIRF-D/CT/Tübingen/19.03.24 – Das nicht Staatliche Meinungsforschungsinstitut Pew Research Center in Washington, hat sich erneut der Frage nach Ursachen und Ausweitung von religiös motivierter Verfolgung. Es ist mit über 160 Mitarbeitern bei Weitem das größte Institut, das sich dieser Fragestellung regelmäßig widmet. Mit einem Beitrag von Jayson Casper| vom18. März 2024 berichtet Christianity Today von deren neuesten Forschungsergebnissen:

»Die staatlichen Einschränkungen der Religionsausübung sind weltweit auf einem Höchststand.

Die gesellschaftliche Feindseligkeit gegenüber der Religion ist jedoch zurückgegangen.

Zu diesem Schluss kommt das Pew Research Center in seiner 14. jährlichen Analyse des Ausmaßes, in dem 198 Nationen und Territorien – und ihre Bürger – religiöse Überzeugungen und Praktiken beeinflussen.

Eine Art von Belästigung religiöser Gruppen wurde in allen bis auf acht Fälle registriert.

Der Bericht für 2024, der Anfang dieses Monats veröffentlicht wurde, stützt sich hauptsächlich auf mehr als ein Dutzend Quellen der Vereinten Nationen, der USA, Europas und der Zivilgesellschaft und spiegelt die Bedingungen aus dem Jahr 2021 wider, dem letzten Jahr mit vollständig verfügbaren Daten.

Der globale Median auf der 10-Punkte-Skala der staatlichen Beschränkungen von Pew erreichte zum ersten Mal überhaupt 3,0 und setzte damit einen stetigen Anstieg seit dem Ausgangswert von 1,8 im Jahr 2007 fort. Insgesamt verzeichneten 55 Länder (28 %) Werte mit "sehr hoch" oder "hoch", nur zwei weniger als im Vorjahr (57).

Nicaragua wurde wegen der Schikanen gegen katholische Geistliche kritisiert.

Regionale Unterschiede sind offensichtlich: Der Nahe Osten und Nordafrika (MENA) erreichten einen Wert von 5,9 gegenüber dem Ausgangswert von 4,7. Der asiatisch-pazifische Raum erzielte einen Wert von 4,2 auf 3,2. Europa erzielte einen Wert von 3,1 gegenüber 1,7. Subsahara-Afrika erzielte einen Wert von 2,6 auf 1,7. Und Nord- und Südamerika erzielte 2,1 Punkte, gegenüber 1,0.

Zu den 20 Maßnahmen der Regierung gehörten Bemühungen, "bestimmte Glaubensrichtungen zu verbieten, Konversion zu verbieten, das Predigen einzuschränken oder einer oder mehreren religiösen Gruppen eine Vorzugsbehandlung zu gewähren".

Einige bezogen sich auf COVID-19, wie z. B. Kanadas Bußgelder gegen offene Kirchen.

Zu den weiteren 13 Maßnahmen für religiöse Feindseligkeiten durch Einzelpersonen oder Gruppen gehörten "religiöse bewaffnete Konflikte oder Terrorismus, Mob- oder sektiererische Gewalt, Belästigung wegen der Kleidung aus religiösen Gründen und andere Formen der Einschüchterung oder des Missbrauchs im Zusammenhang mit der Religion".

Soziale Feindseligkeiten gegenüber Religionen sind seit einem Höchststand von 2,0 im Jahr 2018 weiter rückläufig und sanken auf 1,6, den niedrigsten Wert seit 1,2 im Jahr 2009. Aber 43 Länder (22 Prozent) verzeichneten immer noch Werte mit "sehr hoch" oder "hoch", wenn auch deutlich weniger als die 65 Nationen, die 2012 gegen die Regeln verstoßen hatten.

Nigeria wurde wegen Zusammenstößen zwischen muslimischen Hirten und christlichen Bauern angeführt.

Die Reihenfolge der regionalen Unterschiede in der sozialen Feindseligkeit entspricht der der staatlichen Restriktionen. Die MENA-Region erzielte einen Wert von 3,6 und näherte sich damit nach Spitzenjahren von 2012 bis 2014 wieder dem Ausgangswert von 3,7. Der asiatisch-pazifische Raum erzielte einen Wert von 1,9 auf 1,7. Europa erzielte einen Wert von 1,9 gegenüber 1,2. Subsahara-Afrika erzielte einen Wert von 1,3 gegenüber 0,4. Und Nord- und Südamerika erzielte 0,8 Punkte, gegenüber 0,3.

Nur vier Länder verzeichneten in beiden Kategorien einen "sehr hohen" Status: Afghanistan, Ägypten, Pakistan und Syrien.

Zu ihnen gesellten sich Algerien, Aserbaidschan, China (am höchsten mit einem Wert von 9,1), Indonesien, Iran, Kasachstan, Malaysia, Malediven, Myanmar, Russland, Saudi-Arabien, Singapur, Tadschikistan und Usbekistan. Pakistan ist in diesem Jahr mit Turkmenistan auf der Liste, während Brunei und Eritrea ausgeschieden sind.

Weniger Länder wurden in Bezug auf soziale Feindseligkeiten als "sehr hoch" eingestuft, aber zu den Wiederholungstätern gehörten auch Indien, Israel und Nigeria – am höchsten mit einem Wert von 8,9. In diesem Jahr kamen keine neuen Nationen auf die Liste, während Irak, Libyen, Mali und Somalia ausfielen.

Die Benotung erfolgte auf einer Skala. Die obersten 5 Prozent der Nationen in jedem Index wurden als "sehr hoch" eingestuft, während die nächsten 15 Prozent als "hoch" eingestuft wurden. Die folgenden 20 Prozent wurden als "moderat" eingestuft, während die restlichen 60 Prozent als "niedrig" eingestuft wurden. (Obwohl Pew Nordkorea eindeutig als Nation, die gegen die Religionsfreiheit verstößt, anerkennt, wurde es nicht in den Bericht aufgenommen, da unabhängige Beobachter keinen regelmäßigen Zugang haben.)

Die meisten Länder in beiden Indizes zeigten wenig bis gar keine Veränderung in ihrem Rating. Nur 16 verzeichneten einen moderaten Anstieg von 1,0 bis 1,9 oder höher in ihrem kombinierten Wert, während nur neun Nationen einen ähnlichen Rückgang verzeichneten. Und nur ein Land, der Sudan, erlebte einen Rückgang von 2,0 oder mehr für staatliche Restriktionen, da eine neue Verfassung, die jetzt inmitten des Bürgerkriegs in der Schwebe ist, die Apostasie entkriminalisierte.

Bei den sozialen Feindseligkeiten gingen nur die Türkei und Bolivien in ähnlicher Weise zurück, wobei beim zweitgenannten Land – im Gegensatz zu den Vorjahren – es keine Berichte über protestantische Missionare gab, die aus indigenen Gebieten vertrieben wurden. Umgekehrt verzeichneten Uganda und Montenegro einen Anstieg ihrer Werte um 2,0 Prozent, letzterer aufgrund von Vandalismus an Moscheen und Schikanen gegen christliche Missionsarbeit.

Am häufigsten ist laut Pew die Belästigung durch die Regierung. Mehr als 9 von 10 Nationen (183 insgesamt) zählten mindestens einen Vorfall. Soziale Belästigung trat in mehr als 8 von 10 Ländern (160 insgesamt) auf, und 157 Nationen erlebten beides.

Pew zählte auch die Art der Gewalt auf, die auf der ganzen Welt ausgeübt wird. Sachbeschädigungen waren mit 105 Ländern am häufigsten, wobei Europa mit 71 Prozent die höchste Häufigkeit verzeichnete. Die MENA-Region war bei allen anderen Arten prozentual führend, mit körperlichen Übergriffen in insgesamt 91 Ländern weltweit, Verhaftungen in 77, Vertreibungen in 38 und Tötungen in 45 Ländern.

Äthiopien war bekannt für den Tod von 78 Priestern während des Bürgerkriegs.

Christen und Muslime sind nach wie vor die religiösen Gruppen, die am häufigsten schikaniert werden. Die Zahl der Nationen, die Christen schikanieren, stieg von 155 auf 160, von dem Ausgangswert 107. Die Zahl der Nationen, die Muslime schikanieren, sank von 145 auf 141, lag aber immer noch über der Ausgangszahl von 96. Auch die Belästigung von Juden ging von 94 auf 91 zurück, wurde aber 2007 nur noch in 51 Ländern registriert.

Es folgte eine "andere" Kategorie von Bahá'í, Sikhs und Zoroastriern, die in 64 Ländern schikaniert wurden, gefolgt von Volksreligionen in 40. Übergriffe gegen Buddhisten (in 28 Nationen), Hindus (in 24) und eine "nicht zugeordnete" Kategorie von Atheisten, Agnostikern und Humanisten (in 27) waren weniger verbreitet.

Eine neue Funktion im Pew-Bericht zählte Nationen auf, die religiösen Gruppen Vorteile gewährten. Von insgesamt 161 Ländern, die sich qualifizierten, unterstützten 127 den Religionsunterricht, 107 boten Mittel für den Bau oder die Instandhaltung religiöser Gebäude an und 67 entschädigten Geistliche bis zu einem gewissen Grad. Von den letzteren haben mehr als die Hälfte (36 Nationen) bestimmte Religionen bevorzugt behandelt. Und von der Gesamtzahl schikanierten 149 Regierungen Gläubige oder mischten sich in ihre Religionsausübung ein.

Saudi-Arabien, so Pew, vergebe Stipendien an Imame, schränke aber ihre Predigten ein.

Zusätzlich zu einer Liste von Nationen wertete Pew auch Daten aus, um die Auswirkungen von Einschränkungen und Feindseligkeiten auf ein breites Spektrum der Menschheit zu messen. Unter den 25 größten Nationen, die 5,8 Milliarden der 7,8 Milliarden Weltbevölkerung im Jahr 2021 repräsentieren, verzeichneten Ägypten, Pakistan, Indien, Indonesien und Nigeria die höchsten Gesamtwerte. Japan, die Vereinigten Staaten, Südafrika, Italien und Brasilien belegten die letzten Plätze am unteren Ende der Skala.«

Quelle: Pew: Religiöser Terrorismus auf Rekordtief, Verfolgung durch die Regierung auf Rekordhoch

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:
Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)
Spendenkonto:
IBAN: DE87520604100000416800
BIC: GENODEF1EK1
Evangelische Kreditgenossenschaft
Verwendungszweck „AKREF"
Gerne können Sie auch online spenden.

Links

www.csi-de.de

https://islam.ead.de/

https://akref.ead.de/

https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]